



Foto: Henning Schacht

NEWSLETTER APRIL 2020
FÜR AB, MIL, MSP & WÜ

Lieber Leserin, lieber Leser,

erinnern Sie sich doch bitte alle einmal zwei Wochen zurück. Sagen wir an den 10. März. Was hat „damals“ in den Überschriften der Zeitungen gestanden? Die wenigsten von uns hätten gedacht, was das Corona-Virus mit unserem ganzen Leben so anstellt. Wir erleben Veränderungen, wie es sie in der Bundesrepublik noch nie gab. Über Nacht sind wichtige Wirtschaftszweige völlig weggebrochen. Viele sitzen in ihren Wohnungen am Computer und arbeiten im Homeoffice.

Das allerwichtigste ist jetzt, dass wir einigermaßen gesund bleiben und dass wir alles tun, um die Ansteckungszahlen zu verringern. Dazu ist es dringend notwendig, dass wir uns an die Vorgaben halten. So wenig Kontakt, so wenig Nähe wie möglich. Stattdessen: telefonieren, schreiben, digitale Möglichkeiten nutzen. In einer Zeit, in der Abstand der beste Schutz ist, müssen wir zusammenstehen!

Ich bin diese Woche in Berlin im Reichstagsgebäude. Wir spannen einen Schutzschirm mit ganz vielen Maßnahmen auf. Wir können nicht garantieren, dass alle ihren Job behalten und niemand Insolvent geht. Aber wir versprechen, dass wir alles dafür tun werden, dass das nicht passiert.

Solidarität, das alte Wort der Arbeiterbewegung, wurde von manchen belächelt, andere kannten es gar nicht mehr. Ich finde, es ist jetzt das Zauberwort. Passen Sie auf sich und auf andere auf. Bleiben Sie gesund.

Viel Spaß beim Lesen.

Ihr

AUS DEM INHALT

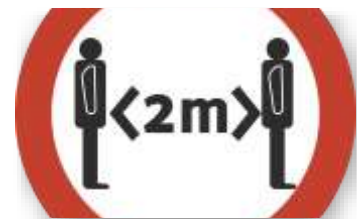


Foto: pixabay

S. 2: Corona

... das Thema Nr. 1
auch im Newsletter!



Foto: Bundestag

S. 9: Meine Rede

... zum Thema Homeoffice:
In Corona-Zeiten so aktuell wie nie!



Foto: Bernd Rützel

S. 8: Unterfranken

Mit Angelika Glöckner &
Björn Böhning vor Ort unterwegs

NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

04 | 2020



Foto: pixaba

KLARTEXT

WAS KOMMUNALWAHLEN UND PANDEMIE VERBINDET

Auf den ersten Blick könnte man meinen: Gar nichts. Sieht man aber genauer hin, dann wurden die Kandidat*innen der SPD dort belohnt, wo sie schon länger sichtbar in Verantwortung stehen. Die Wähler*innen honorieren gute Politik. Dort wo die SPD in Opposition ist, hat sie es schwer, mit ihren Positionen und Personen durchzukommen. In den Stadträten und Kreistagen war und ist die SPD häufig der Motor, Impulsgeber und verlässlicher Partner. Gerade jetzt in schwierigen Zeiten ist es wichtig, dass sich die Menschen auf zuverlässige und seriöse Politik verlassen können. Dafür steht die SPD seit fast 160 Jahren.

Der Deutsche Bundestag hat ein noch nie dagewesenes Rettungspaket für ganz Deutschland beschlossen. Corona verdeutlicht aber auch, wie verletzlich unsere Infrastrukturen sind. Wenn es am Einfachsten in unserem Land fehlt, dann ist das hausgemacht. Wir sind zu abhängig von Lieferketten. Probleme in der Arzneimittelversorgung haben wir nicht erst seit Corona, das ganze Gesundheitssystem ist auf Kostenreduzierung und Gewinnmaximierung ausgelegt.

Ein von Herzen kommendes „Dankeschön!“ für die Beschäftigten in den Krankenhäusern, Pflegeheimen, Schulen, Kindergärten, Arztpraxen, Lebensmitteläden, bei der Polizei, Feuerwehr und Hilfsorganisationen. Sie haben nicht immer die besten Arbeitsbedingungen und einen ordentlichen Lohn. Deshalb muss die Einsicht aus der Pandemie sein, dass wir einen starken Staat brauchen. Einen, der sozial und demokratisch ist, mit hoher Tarifbindung. Gut, dass die SPD regiert, im Kommunalparlament oder im Bundestag. Gäbe es die SPD nicht, würde es vielen Menschen schlechter gehen. Deshalb muss man die SPD das nächste Mal auch wählen, wenn sie liefern soll.

CORONA-RETTUNGSSCHIRM

Corona ist eine Gefahr für unsere Gesundheit. Um die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen, haltet Euch bitte an die allgemeinen Hinweise: Hände waschen - Kontakte verringern - möglichst zuhause bleiben. Grund zur Panik besteht nicht, es sollte aber auch niemand auf die leichte Schulter nehmen.

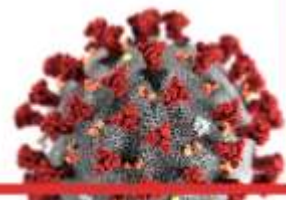
Die Bundesregierung hat erste Maßnahmen getroffen, um die Auswirkungen auf die Wirtschaft abzuschwächen und hierfür wichtige Maßnahmen beschlossen und sehr viel Geld zur Verfügung gestellt. Vor allem kleine und mittlere Unternehmen sind unmittelbar betroffen. Ihnen muss geholfen werden.

Im Deutschen Bundestag haben wir am 13. März mit der Unterstützung aller Fraktionen für das beschleunigte Verfahren ein verbessertes Kurzarbeitergeld beschlossen, das rückwirkend zum 1. März in Kraft tritt. Mit diesem Instrument hat Deutschland schon 2008/09 gute Erfahrungen gemacht. Neu: Das Kurzarbeitergeld gilt auch für Beschäftigte in Leiharbeit. Viele Entlassungen können so vermieden werden. (Mehr dazu auf Seite 3.)

Gleichzeitig haben wir Maßnahmen getroffen, um die Liquidität von Unternehmen zu sichern. Die KfW wird dazu die Zugangsbedingungen und Konditionen für bestehende Kredite von Unternehmen, Selbständigen und Freiberuflern verbessern. Außerdem gibt es Kredite zur Überbrückung finanzieller Engpässe. Entsprechende Anträge sollen an die Hausbanken bzw. Finanzierungspartner gerichtet werden. Die KfW stellt auf

**Der beste Impfstoff
ist **Zusammenhalt!****

SPD
Fraktion im
Bundestag



NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

04 | 2020



Foto: pixaba

ihrer Website www.kfw.de weitere Informationen zur Verfügung. Dort gibt es auch Kontaktdaten, unter anderem zu einer eigens eingerichteten Hotline. Damit strukturell gesunde Firmen nicht in Finanznöte geraten, können die Finanzämter außerdem die Zahlung von Steuern künftig zinsfrei stunden und Steuervorauszahlungen herabsetzen.

Die Bundesregierung ist handlungsfähig, sie handelt schnell und unbürokratisch und kann dank des soliden Haushalts auch noch nachlegen. Es zeigt sich mal wieder: Es ist gut, dass die SPD in der Regierung ist. Wir werden sehr genau beobachten, ob die Hilfen ausreichen und dort ankommen, wo sie gebraucht werden. Wir werden auch aufpassen, dass soziale Errungenschaften durch die Maßnahmen gegen die Pandemie nicht unwiederbringlich geschliffen werden. Tagesaktuelle Infos gibt es auf www.spdfraktion.de.

UNSER ERFOLG: KURZARBEITERGELD

Die Corona-Pandemie verlangt uns viel ab. Nicht nur Gesundheitspolitiker*innen müssen jetzt schnell handeln. Auch Betriebe und deren Beschäftigte sind unmittelbar betroffen. In einigen Branchen erleben wir einen heftigen Einbruch. Betriebe, die im Veranstaltungsbereich oder im Tourismus tätig sind und Unternehmen, die von Zulieferungen aus dem Ausland abhängig sind, sind schwer durch die Auswirkungen von Covid-19 belastet. Vom Messebau bis zur Industrie, von Verkehr und Touristik bis zu Maschinenbau und Elektronik sind die ersten Folgen sichtbar. Für viele Beschäftigte gibt es von einem Tag auf den anderen keine Arbeit mehr.

Glücklicherweise haben wir mit dem Kurzarbeitergeld bereits gute Erfahrungen gesammelt. Es wird gezahlt, wenn Betriebe in vorübergehende Krisen geraten, die sie nicht selbst zu verantworten haben. Dann erhalten Beschäftigte bei Arbeitsausfällen Kurzarbeitergeld, um den Verdienstausfall aufzufangen. Neben dem Ausgleich für wegfallenden Lohn soll das Kurzarbeitergeld Kündigungen verhindern.

Bereits in der großen wirtschaftlichen Krise 2008/2009, als die Jobs zahlreicher Arbeitnehmer*innen gefährdet waren, wurden die Bedingungen für den Bezug von Kurzarbeitergeld deutlich verbessert. Genau das haben wir jetzt erneut gemacht. Wir haben die Absicherung von Beschäftigten ausgeweitet. Dazu wurden die Voraussetzungen abgesenkt und die Leistungen erweitert.

Zum Schutz von Beschäftigten und Betrieben haben wir im Einzelnen folgende Maßnahmen beschlossen:

- * Bisher musste mindestens ein Drittel der Beschäftigten eines Betriebes von Arbeitsausfall betroffen sein, damit ein Unternehmen Kurzarbeit beantragen kann. Diese Schwelle haben wir auf zehn Prozent abgesenkt.
- * Bisher mussten Betriebe zunächst Vereinbarungen zu Arbeitszeitschwankungen nutzen und Minusstunden aufgebaut werden, bevor Kurzarbeit beantragt werden konnte. Darauf kann jetzt teilweise oder vollständig verzichtet werden.
- * Jetzt können erstmals auch Leiharbeitskräfte Kurzarbeitergeld beziehen.
- * Arbeitgeber können sich durch die Gesetzesänderung Sozialversicherungsbeiträge bis zu 100 Prozent durch die Bundesagentur für Arbeit erstatten lassen.



NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

04 | 2020



Foto: pixaba

Da die Zeit sehr drängt, haben wir diese Änderungen im Bundestag im Eilverfahren beschlossen. Dazu war es nötig, dass auch die Oppositionsparteien auf Anhörungsrechte im Gesetzgebungsverfahren verzichten. Ich bin dankbar, dass wir an dieser Stelle an einem Strang gezogen haben, um betroffene Betriebe schnell unterstützen zu können. In der Bundestagsdebatte zur Ausweitung des Kurzarbeitergeldes habe ich im Plenum gesprochen. Diese Rede können Sie sich [hier](#) auf der Seite des Deutschen Bundestages anschauen.



Darüber hinaus werden weitere Maßnahmen folgen, denn nicht nur Betriebe mit fest angestellten Arbeitnehmer*innen trifft der wirtschaftliche Einbruch hart. Selbstständige und freie Mitarbeiter*innen mit Dienst- oder Werkverträgen brauchen die gleiche Unterstützung. Die Bundesregierung bringt aktuell ein Schutzprogramm für die Wirtschaft auf den Weg. Unternehmen, die durch die Corona-Pandemie in Schwierigkeiten geraten, sollen staatliche Garantien für unbegrenzte Kredite erhalten. Es wird Programme geben, die Betriebe aller Größen und Branchen erreichen, auch Solo-Selbstständige im Handwerk und im Dienstleistungsbereich. Dabei muss auch die Kultur-, Bildungs-, und Medienbranche berücksichtigt werden.

Betriebe, die jetzt aufgrund von erheblichem Arbeitsausfall Kurzarbeitergeld beantragen müssen, sollten sich unbedingt an ihre zuständige Agentur für Arbeit wenden. Anzeigen von Kurzarbeit sollten schnellstmöglich abgegeben werden.

Die Erleichterungen werden rückwirkend zum 1. März in Kraft treten und auch rückwirkend ausgezahlt.

EQUAL PAY DAY AM 17. MÄRZ



Foto: spdfraktion.de

21 Prozent beträgt die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern. Das sind genau 21 Prozent zuviel. Nach wie vor belegt Deutschland mit diesem Ergebnis einen der hinteren Spitzenpositionen im europäischen Vergleich. Die Lohnlücke hat sich in den letzten Jahren kaum geändert. Das heißt für die SPD: Das Entgelttransparenzgesetz muss nachgeschärft, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter weiter gestärkt werden und die Frauenquote auch in den Vorständen ankommen. Wir wollen die entsprechenden Vorschläge unserer Bundesministerinnen Giffey und Lambrecht schnell umsetzen, damit die Gleichstellung sich auch auf dem Lohnzettel widerspiegelt.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat bereits einiges angestoßen, das zur Schließung der Lohnlücke beiträgt - allem voran die Aufwertung sozialer Berufe, das Entgelttransparenzgesetz und Maßnahmen für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Klar ist: Equal Pay braucht auch Equal Care - deshalb wollen wir die Familienarbeitszeit.

Online immer aktuell informiert:

www.bernd-ruetzel.de

[www.facebook.com/](https://www.facebook.com/BerndRuetzelMdB)

BerndRuetzelMdB

NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

04 | 2020



DAS SOZIALSCHUTZ-PAKET

Die Corona-Pandemie ist eine immense Herausforderung für uns alle. An erster Stelle steht natürlich der Schutz der Gesundheit. Es gibt allerdings auch zahlreiche soziale und wirtschaftliche Folgen. Ich kämpfe deshalb um jeden Arbeitsplatz und für soziale Sicherheit. Der Bundestag hat im Eilverfahren das Sozialschutz-Paket auf den Weg gebracht. Ich möchte hier die Maßnahmen genauer vorstellen:

Grundsicherung

Etliche Menschen erfahren vorübergehend erhebliche Einkommenseinbußen. Dies kann alle Erwerbstätigen betreffen, insbesondere aber Kleinunternehmer und sogenannte Solo-Selbstständige. Damit sie nicht ins Bodenlose fallen, haben wir die Regeln bei der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) erleichtert. So ist der Lebensunterhalt gesichert, wenn keine vorrangigen Hilfen greifen. Diese Leistungen sollen schnell und unbürokratisch zugänglich gemacht werden. Niemand darf in existenzielle Not geraten. Im Einzelnen sind für Bewilligungszeiträume vom 1. März 2020 bis 30. Juni 2020 vorgesehen:

- * eine befristete Aussetzung der Berücksichtigung von Vermögen,
- * eine befristete Anerkennung der tatsächlichen Aufwendungen für Unterkunft und Heizung als angemessen und
- * Erleichterungen bei der Berücksichtigung von Einkommen in Fällen einer vorläufigen Entscheidung.

Die Bundesregierung kann den Zeitraum für die erleichterten Bedingungen durch Rechtsverordnung bis zum 31. Dezember 2020 verlängern. Die Jobcenter werden durch die Möglichkeit entlastet, Weiterbewilligungen auch ohne Antrag vorzunehmen.

Sozialhilfe

Auch ältere und zeitlich befristet oder dauerhaft voll erwerbsgeminderte Menschen können nun erhebliche Einkommenseinbußen haben. Viele davon haben bisher keine Leistungen nach dem Dritten oder Vierten Kapitel des Zwölften Buch des Sozialgesetzbuches (SGB XII) bezogen. Dies gilt insbesondere im Falle einer gemischten Bedarfsgemeinschaft. Aus diesem Grund werden die Maßnahmen für das SGB II auch im SGB XII nachvollzogen. Auch für Berechtigte der existenzsichernden Leistung im Sozialen Entschädigungsrecht sollen erleichter-

**Die soziale
Sicherung hält.
Schneller und leichter
Grundsicherung,
Sozialhilfe und
Kinderzuschlag
erhalten.**



**50 Milliarden Euro
Soforthilfe.
Damit Freiberufler,
Solo-Selbstständige und
Kleinstunternehmen
flüssig bleiben.**



**Sorgenfrei wohnen.
Keine Kündigung
der Wohnung
bei Mietschulden.**



**Kurzarbeit statt
Kündigung.
Nach der Krise starten
wir wieder durch!**

SPD
Fraktion im
Bundestag

NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

04 | 2020



Foto: pixaba

te Regelungen gelten. Deshalb sind die Übergangsregelungen des SGB II und des SGB XII für die ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt im Sozialen Entschädigungsrecht nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) übernommen worden.

Kinderzuschlag

Wenn das Einkommen nur für sich selbst, aber nicht für die gesamte Familie reicht, können Eltern auch schon nach der bisherigen Regelung Kinderzuschlag erhalten. Aktuell reduziert sich bei vielen Familien das Einkommen durch Kurzarbeit, Arbeitslosengeld oder notwendige Kinderbetreuung. Daher haben wir befristet den Kinderzuschlag umgestaltet. Die Prüfung des Kinderzuschlags soll ausnahmsweise auf das Einkommen im letzten Monat vor Antragstellung bezogen werden – statt wie bisher auf das Einkommen der vergangenen sechs Monate. Zudem erfolgt eine befristete Aussetzung der Berücksichtigung des Vermögens, um die Leistung unbürokratischer zugänglich zu machen und die aktuellen Notsituationen leichter abzufangen. Bewilligungen, die in der Zeit vom 1. April bis 30. September 2020 enden, werden einmalig um sechs Monate verlängert.

Zuverdienste in der Kurzarbeit

Bestimmte Branchen und Berufe sind in der Krise für das öffentliche Leben, die Sicherheit und die Versorgung der Menschen unabdingbar. Hierzu gehören insbesondere das Gesundheitswesen mit Krankenhäusern und Apotheken aber auch die Landwirtschaft und die Versorgung der Menschen mit Lebensmitteln. Hier muss sichergestellt sein, dass ausreichend Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Durch den im neuen § 421c SGB III geregelten vorübergehenden Verzicht auf die vollständige Anrechnung des Entgelts aus einer während Kurzarbeit aufgenommenen Beschäftigung auf das Kurzarbeitergeld schaffen wir einen Anreiz, auf freiwilliger Basis vorübergehend Tätigkeiten in systemrelevanten Bereichen, wie z.B. der Landwirtschaft, aufzunehmen.

Saisonarbeit

Um Problemen bei der Saisonarbeit insbesondere im Bereich der Landwirtschaft durch die Corona-Krise Rechnung zu tragen, haben wir die Zeitgrenzen für die geringfügige Beschäftigung in Form der kurzfristigen Beschäftigung befristet auf eine Höchstdauer von fünf Monate oder 115 Tage ausgeweitet.

Arbeitszeitgesetz

In das Arbeitszeitgesetz wurde eine Verordnungsermächtigung aufgenommen, um bundeseinheitliche Ausnahmen von den Arbeitszeitvorschriften zu ermöglichen. Die Regelung soll dazu beitragen, in der derzeitigen Situation der Corona-Pandemie die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, des Gesundheitswesens und der pflegerischen Versorgung, der Daseinsvorsorge sowie die Versorgung der Bevölkerung mit existentiellen Gütern sicherzustellen.

Hinzuverdienst nach Renteneintritt

Auch die Weiterarbeit oder Wiederaufnahme einer Beschäftigung nach Renteneintritt soll erleichtert werden. Das geltende Recht sieht Beschränkungen vor, wenn neben der Rente hinzuverdient wird. Das könnte diejenigen, die in der aktuellen Situation mit ihrer Arbeitskraft Unterstützung leisten wollen, an ihrem Einsatz hindern. Nun können statt 6.300 Euro 44.590 Euro hinzuverdient werden, ohne dass die Altersrente gekürzt wird.

WIR HALTEN **ZUSAMMEN!**

Unser Schuttschirm für **Beschäftigte:**

- **Keine Kündigung notwendig!**
Durch leichteren Bezug von Kurzarbeitergeld.
- **Sichere Arbeitsplätze!**
Zuschüsse und Kredite für Unternehmen.
- **Keine zu großen Lohnelbußen von Eltern!**
Auch wenn die Betreuung wegfällt.
- **Einfacher Bezug von Grundsicherung!**
Unbürokratisch ohne Vermögensprüfung.





SPD
Fraktion im
Bundestag

Grafiken: alexandz/Shutterstock

NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

04 | 2020



Sicherstellungsauftrag für Sozialdienste

Soziale Dienstleister und Einrichtungen der Fürsorge in Deutschland sollen finanziell unterstützt werden, damit sie nicht in ihrem Bestand gefährdet sind. Dies wird umgesetzt mit einem Sicherstellungsauftrag der öffentlichen Hand für die sozialen Dienstleister und Einrichtungen, die Leistungen nach den Sozialgesetzbüchern und anderen Gesetzen erbringen. Zuschüsse werden auch ohne Erfüllung des eigentlichen Auftrags weiter gewährt, wenn soziale Dienste ihren Bestand nicht aus anderen Mitteln sichern können. Voraussetzung hierfür ist, dass die sozialen Dienstleister und Einrichtungen auch zur Bewältigung der Auswirkungen der Pandemie beitragen. Hierzu sollen sie in geeignetem und zumutbarem Umfang Arbeitskräfte, Räumlichkeiten und Sachmittel zur Verfügung stellen. Der Sicherstellungsauftrag gilt zunächst bis zum 30. September 2020 und kann bis zum 31. Dezember 2020 verlängert werden.

Möglichkeit zur Schriftlichkeit

Die Möglichkeit der Selbstverwaltungsorgane der Sozialversicherungsträger zur schriftlichen Abstimmung wird erweitert.

Lohnersatz wegen Schul- und Kita-Schließung

In das Infektionsschutzgesetz wird ein Entschädigungsanspruch für Verdienstauffälle bei behördlicher Schließung von Schulen und Kitas zur Eindämmung der gegenwärtigen Pandemie aufgenommen. Ziel der Entschädigungsregelung ist die Abmilderung von Verdienstauffällen, die erwerbstätige Sorgeberechtigte von Kindern bis zum 12. Lebensjahr erleiden, wenn sie ihre Kinder aufgrund der Schließung selbst betreuen müssen und daher ihrer beruflichen Tätigkeit nicht nachgehen können. Voraussetzung ist, dass die Betroffenen keine anderweitige zumutbare Betreuung (z.B. durch den anderen Elternteil oder die Notbetreuung in den Einrichtungen) realisieren können. Risikogruppen wie z. B. die Großeltern des Kindes müssen dazu nicht herangezogen werden. Ein Verdienstauffall besteht nicht, wenn es andere Möglichkeiten gibt, der Tätigkeit vorübergehend bezahl fernzubleiben wie etwa der Abbau von Zeitgut-

haben. Auch gehen Ansprüche auf Kurzarbeitergeld dem Entschädigungsanspruch vor. Die Entschädigung in Höhe von 67 % des Nettoeinkommens wird für bis zu sechs Wochen gewährt und ist auf einen monatlichen Höchstbetrag von 2.016 Euro begrenzt. Die Auszahlung übernimmt der Arbeitgeber, der bei der zuständigen Landesbehörde einen Erstattungsantrag stellen kann. Die Regelung ist befristet bis Ende des Jahres.

All diese Maßnahmen sollen bereits zum 29. März 2020 in Kraft treten.

Wir alle tun, was wir können. Jede und jeder an seiner Stelle. Es ist eine enorme Kraftanstrengung - auch finanziell. Aber wer, wenn nicht unser Land mit all seinen Stärken und mit den gut gefüllten Rücklagen aus der guten Zeit, hat das Zeug, diese Krise zu überstehen? Der Staat wird alles tun, damit wir diese Krise meistern können.

Auf der folgenden Seite sehen Sie mein ganz persönliches Protokoll der zwei Tage im Deutschen Bundestag, in denen wir den größten Rettungsschirm der letzten Jahrzehnte diskutiert und beschlossen haben. Es ist ein Überblick über die wichtigsten Punkte, die wir beschlossen haben.



NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

04 | 2020



Foto: pixaba

Berlin, 25.3.2020

Die Corona Pandemie trifft uns alle mit ungeheurer Wucht!

Gesundheit

- Krankenhäuser
 - mehr Geld für Impfstoffe und Schutzausrüstung
- derzeit 28.000 Intensivbetten → verdoppeln
- Beatmungsgeräte
- InfektionsschutzG. bei Schließung Schulen + Kitas Abmilderung von Verdienstausschlägen

Arbeit + Soziales

- Ergänzende Grundsicherung (Jobcenter SGB II)
 - Keine Bedürftigkeitsprüfung
 - tatsächliche Aufwendungen für Unterkunft + Heizung
 - Weiterbewilligungen ohne Antrag
- Kindzuschlag nur letzte Monats statt 6M. das hilft vielen
- Hinzuredienst nach Renten-Einkitt 6.300€ auf 44.590€
- Miete: 3 Monate Mietrückstand kein Kündigungsgenehmigung
- Wohngeld stärker rücken

Wirtschaft

- Kurzarbeitergeld schon ab 10% länger 60/67% des letzten Nettos
- Liquidität für Betriebe, Unternehmen auch Insolventstätige
 - Zinsfrei Stunden
 - KfW Kredit
- Staat Garantien 400 Mrd € Kredite KfW Sonderpr. 100 Mrd €
- Tarifbindung ist jetzt gefasst.

SCHUTZSCHIRM Sozialschutzpaket



Unser Fundament!

156 Mrd € Netto-
steuersaufnahme
= 50% des Haushalts

Solidarität -
Pass aufeinander auf

Beschäftigte in Kranken-
häuser, Pflegeheime,
Apotheken, Lebensmittel-
Läden, Polizei, Rettungs-
diensten, Feuerwehr,
Hilfsorganisationen

Art 115 GG Schulden-
bremse ist Geschichte

Arbeitsagentur
Jobcenter -
Gesundheitsamt

NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

04 | 2020



Foto: pixaba

HOMEOFFICE: NICHT NUR WEGEN CORONA EIN WICHTIGES THEMA

Nicht in jedem Beruf ist Homeoffice möglich. Aber dass sich oft mehr umsetzen lässt als zunächst gedacht, das zeigt sich aktuell sehr deutlich. Viele Beschäftigte arbeiten nun ganz oder teilweise im Homeoffice. Wie bei so vielem, gilt auch hier: Das Maß ist entscheidend. Die meisten Beschäftigten wollen gar nicht ständig im Homeoffice arbeiten. Neben der möglichen Vereinsamung gibt es auch andere Nachteile. Man wird leicht unsichtbar im Unternehmen, was sich dann an fehlenden Aufstiegschancen oder Weiterbildungsmöglichkeiten zeigt.

Doch alleine die Möglichkeit, von zuhause aus zu arbeiten, macht Angestellte zufriedener. Es gibt ihnen mehr Flexibilität und damit Freiheit. Damit diese Freiheit nicht in einer Entgrenzung von Arbeit und Privatem endet, braucht es den richtigen Rahmen. Feste Vereinbarungen zwischen Beschäftigten und Betrieben erhöhen die Zufriedenheit mit der Arbeit im Homeoffice auf beiden Seiten. Und wichtig ist: Auch im Homeoffice muss jede Minute Arbeitszeit bezahlt werden.

Darüber habe ich im März im Plenum gesprochen. In meiner Rede begründe ich, warum wir einen gesetzlichen Rahmen für die Arbeit im Homeoffice brauchen. [Hier](#) können Sie sich meine Rede anschauen.



GLEICHER LOHN FÜR GLEICHE ARBEIT AM GLEICHEN ORT

Die Europäische Union hat bereits seit mehr als 20 Jahren Regelungen für europäische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die von ihrem Arbeitgeber in ein anderes Mitgliedsland entsandt werden. Sie sollen für ihre Arbeit auf Zeit im anderen Land den dort geltenden Mindestlohn erhalten. Doch das Lohngefälle innerhalb Europas machte das Dumping einfach. Deshalb hat das europäische Parlament im Mai 2018 die Entsenderichtlinie überarbeitet. Die Neufassung war ein großer Sieg für die sozialdemokratischen Kolleginnen und Kollegen im Europaparlament. Wer zum Arbeiten in ein anderes EU-Land entsandt wird, soll den gleichen Lohn für die gleiche Arbeit am gleichen Ort bekommen wie die inländischen Beschäftigten.

Diese Richtlinie setzen wir im Bundestag aktuell in deutsches Recht um. Dazu führe ich als Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion Gespräche mit dem Bundesarbeitsministerium und unserem Koalitionspartner, um zu klären, wie wir die spezifischen Bedingungen der deutschen Tariflandschaft am besten abbilden können. Dabei konnte die SPD bereits erwirken, dass die Kompetenzen der Finanzkontrolle Schwarzarbeit bei der Überprüfung von Betrieben ausgeweitet werden. Um das auch tatsächlich gewährleisten zu können, schaffen wir 1.000 zusätzliche Stellen beim Zoll.

Was mir in den laufenden Verhandlungen wichtig ist: Unser Gesetz muss Tarifstandards respektieren, Rechtssicherheit bieten und entsandte Beschäftigte und kleine und mittelständische Unternehmen im Inland gleichermaßen vor unlauterer Dumping-Konkurrenz schützen.

Corona - und was die Politik tut:
tagesaktuell auf
www.spdfraktion.de

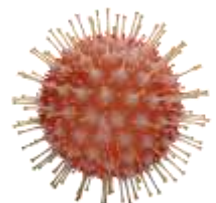


Foto: dianakuehn30010, pixabay

NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

04 | 2020



Foto: pixabay

RECHTSEXTREMISMUS UND HASSKRIMINALITÄT BEKÄMPFEN

Wir gehen gegen Hasskriminalität im Internet vor. Wer im Netz hetzt und droht, soll künftig härter und effektiver verfolgt werden.

Mehr als drei Viertel aller von der Polizei registrierten Hasskommentare sind rechtsextremistisch. Und nicht selten werden aus diesen Worten auch Taten. Im Schnitt kommt es jeden Tag zu zwei rechtsextremen Gewalttaten in unserem Land. Das gesellschaftliche und politische Klima hat sich grundlegend verändert.

Rassismus und Rechtsextremismus führen zu Hass. Hass führt zu Bedrohungen und diese Bedrohungen führen zu Gewalt.

Wir schauen nicht tatenlos zu, wie sich Hass und Hetze im Internet ausbreiten, denn die Morde in Hanau, Halle und Kassel zeigen, wie schnell aus Worten Taten werden. Der Bundestag hat deshalb Anfang März in erster Lesung einen Gesetzentwurf zur „Bekämpfung von Rechtsextremismus und der Hasskriminalität“ beraten.

Hasskriminalität im Netz konsequent vors Gericht!

- ✓ bis zu 3 Jahre Haft bei Vergewaltigungs- und Morddrohungen.
- ✓ bis zu 2 Jahre Haft bei aggressiven Beleidigungen.
- ✓ strafverschärfende Wirkung bei antisemitischen Motiven.
- ✓ Plattformen müssen melden.
- ✓ besonderer Schutz für Kommunalpolitiker*innen.

SPD
Fraktion im
Bundestag

Dafür kämpfen, mehr als 90 Prozent der Menschen über den Soli schon ein halbes Jahr früher zu entlasten.

SPD
Fraktion im
Bundestag

Ständig Steuersenkungen fordern. Aber kneifen, wenn nur kleine und mittlere Einkommen profitieren.

CDU CSU

CORONA-KRISENTREFFEN IM TOURISMUS-AUSSCHUSS



Mitte März traf ich mich mit den Spitzenverbänden der Tourismusbranche. Diese Branche hat es in der Corona-Krise zuallererst getroffen. Es geht um die Existenz. Messen, Verkehr, Reisebüros, Reiseveranstalter, Busunternehmen, Schausteller, Jugendherbergen, Hotels und Gastronomie, Veranstalter und Kulturschaffende: Der Umsatz ist komplett weggebrochen und dennoch gibt es viel Arbeit durch Storno und Umbuchungen. Manchen hilft das Kurzarbeitergeld, aber gerade im Niedriglohsektor ist das für die Betroffenen ein echtes Problem. Die Gewerkschaften saßen mit am Tisch. Wir müssen jetzt schnell noch weitere Hilfen auf den Weg bringen!

NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

04 | 2020



Foto: Bernd Rützel

BUNDESMITTEL FÜR FREIBAD BURGSI NN

45 % der Kosten für die Sanierung des Freibades Burgsinn übernimmt der Bund, 900.000 Euro stellt er dafür zur Verfügung. Ich bin sehr froh, dass das Anfang März im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages beschlossen wurde!

Es war mir eine Herzensangelegenheit, mich für das Burgsinner Freibad einzusetzen. Für den ganzen Sinngrund ist das Bad eine wichtige Schul-, Freizeit- und Gesundheitseinrichtung. Ich war dort regelmäßig als Kind und Jugendlicher und drehe hier immer noch jeden Sommer meine Runden. Bürgermeister Robert Herold hatte den Förderantrag gestellt und mich um Unterstützung gebeten. Ich werde mich auch dafür einsetzen, dass neben diesem Fördergeld noch weitere Mittel aus anderen Fördertöpfen in dieses Bad fließen.

Nach 48 Jahren kann das beliebte Freibad nun endlich saniert werden. Wünschenswert wäre, dass im Sanierungspaket auch Mittel für die Attraktivitätssteigerung übrig bleiben. Die Herausforderungen sind ehrgeizig, der Bundeszuschuss gibt den Startschuss und ist die Initialzündung, um diese Herausforderungen konkret anzugehen.

In die beschlossene Fortschreibung des Förderprogramms „Sanierung kommunaler Einrichtungen Sport, Jugend und Kultur“ wird neben dem Freibad Burgsinn auch die Sanierung der „Alten Schule“ in Schöllkrippen aufgenommen, die der Bund mit 284.000 Euro unterstützt.



Foto: Büro Beil

MIT STAATSSSEKRETÄR BÖHNING IN UNTERFRANKEN UNTERWEGS



Foto: Büro Rützel

Das war ein Tag voller Termine, Eindrücke und guter Gespräche: Ende Februar war Björn Böhning, Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), auf meine Einladung hin in Unterfranken. Zuerst ging es zum arbeitsmarktpolitischen Fachgespräch in die Arbeitsagentur in Lohr (Foto oben). Stefan Beil (Vorsitzender der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Würzburg), Martin Heilmann (Leiter der Arbeitsagentur Lohr) und Jürgen König (Geschäftsführer des Jobcenters Karlstadt) diskutierten mit uns u.a. über die aktuellen Arbeitsmarktdaten für Main-Spessart. Diese sind erfreulich: Im Februar waren 1.654 Menschen bei uns im Landkreis arbeitslos, das entspricht einer Quote von 2,2 Prozent.

Lob gab es vor Ort für das Qualifizierungschancengesetz aus dem Haus von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD). Die Mittel daraus können die Unternehmen nutzen, um ihre Mitarbeiter*innen durch Weiterbildungen auf die künftigen Herausforderungen ihres Arbeitsfeldes vorzubereiten.

„Transformation der Arbeitswelt“

Seit Jahren pflege ich den intensiven Austausch mit den Personal- und Betriebsräten in meinem Wahlkreis. Dieses Mal konnte ich ihnen und allen interessierten Bürger*innen mit Björn Böhning einen Fachmann in Sachen Digitalisierung der Arbeitswelt als Ansprechpartner im „Schönbrunnen“ in Lohr zum „Betriebsräte-Stammtisch“

NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

04 | 2020



Foto: Bernd Rützel



Foto: Büro Rützel

präsentieren. Böhning ist im Bundesministerium für Arbeit und Soziales für das Thema Digitalisierung zuständig. Im Anschluss an sein Impulsreferat diskutierten wir über die Chancen von Arbeit 4.0 und schon jetzt bestehende oder aufkommende Herausforderungen.

EIN GANZ NORMALER SAMSTAG ...

Mittags in Würzburg Demo für bezahlbare Mieten mit OB-Kandidatin Kerstin Westphal und den Spitzen der WürzburgSPD, danach Referent zum Thema „Sozialstaat der Zukunft“ in der Akademie Frankenwarte vor Stipendiat*innen der Friedrich Ebert-Stiftung.



Foto: Büro Bernd Rützel



Foto: Akademie Frankenwarte

100 JAHRE SPD KLEINOSTHEIM

Das Jubiläum, gefeiert am 8. März, stand ganz im Zeichen des Weltfrauentages. Und von Helmut Schmidt. Eine Wanderausstellung über Schmidt machte extra zum Jubiläum in Kleinostheim halt. Es war eine sehr schöne, würdige und angenehme Veranstaltung!



23.000 EURO FÜR DAS HALLENBAD



Der „Förderverein Hallenbad Gemünden a. Main e.V.“ hat sich wie geplant Anfang März aufgelöst und das Vereinsvermögen von über 23.000 Euro treuhänderisch für das Hallenbad an die Stadt Gemünden übergeben. Neun Jahre durfte ich dem Verein vorstehen, seit zwei Jahren ist das Bad wieder eröffnet. Danke an alle, die mitgearbeitet haben!

NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

04 | 2020

Foto: Bernd Rützel

BEHINDERTENPOLITISCHE SPRECHERIN VOR ORT

Ein Besuch bei der Dorfgemeinschaft Hohenroth gehört selbstverständlich dazu, wenn mich Kolleg*innen aus meinem Arbeitsbereich Arbeit und Soziales besuchen. Und wenn mit Angelika Glöckner die behindertenpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion zu Besuch ist, dann ist die Fahrt nach Hohenroth ein Pflichttermin. Ihr Fazit: „Tolle Einrichtung, tolle Menschen, eine vorbildliche Gemeinschaft.“



Mit Angelika Glöckner und SPD-Landratskandidatin Pamela Nembach war ich zuvor auch im EUTB-Stützpunktbüro in Gemünden, um uns von der wichtigen Arbeit dieser Einrichtung zu überzeugen: Über 330 Beratungsgespräche hat Silvia Glassen innerhalb eines Jahres bereits geführt. Der Bedarf ist also da: Für Menschen mit Beeinträchtigungen und deren Angehörige ist bei der Vielzahl an Leistungsangeboten und Hilfestellungen eine gute Beratung ein ganz wichtiges Puzzleteil, um passgenaue Unterstützung zu erhalten. Diese Beratung liefert die „Ergänzende Unabhängige Teilhabe-



beratung“, die mit dem Bundesteilhabegesetz eingeführt wurde. Gut, dass der Deutsche Bundestag mit dem „Angehörigenentlastungsgesetz“ von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) die Entfristung und finanzielle Aufstockung der EUTB beschlossen hat. Mehr zu dieser so wichtigen Beratungseinrichtung für Menschen mit Behinderung [hier](#).

Mit der Reihe „Fraktion im Dialog“ der SPD-Bundestagsfraktion klang der Tag mit Angelika aus. Thema war das Bundesteilhabegesetz, das deutliche Verbesserungen für Menschen mit Behinderung und der Angehörigen in Sachen Teilhabe und Selbstbestimmung gebracht hat. Das war die einhellige Meinung der Teilnehmer*innen der Podiumsdiskussion. Auch die Gäste, die überwiegend im Bereich der Behindertenhilfe arbeiten, sahen das so.



Allerdings, und auch da waren wir uns alle einig, muss das Gesetz nachgebessert werden. Gemeinsam mit Angelika Glöckner werde ich die Punkte, die nachzubessern sind, in Berlin thematisieren.

**Corona - und was die Politik tut:
tagesaktuell auf
www.spdfraktion.de**

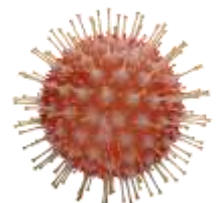


Foto: dianakuehn30010, pixabay

NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

04 | 2020

Martina Fehlner



Abgeordnete für Aschaffenburg-West

Betreuungsabgeordnete für AB-Ost,
Main-Spessart und Miltenberg

Sprecherin für Tourismus-, Forst- und
Medienpolitik der SPD-Landtagsfraktion

Liebe Leserinnen und Leser,

in diesen Tagen ist alles anders. Der Coronavirus hat die Welt in den Krisenmodus versetzt. Viele Länder kämpfen gegen die zunehmende Ausbreitung der Infektion, und auch Bayern hat der Ausbruch von Sars-CoV-2 hart getroffen. Die Zahl der erkrankten und verstorbenen Menschen steigt weiter an.

In vielen Lebensbereichen müssen wir derzeit weitreichende Einschränkungen auf uns nehmen. Das ist oftmals sehr schwer. Doch es ist die einzige Möglichkeit, um eine weitere Ausbreitung des Virus einzudämmen – und so Leben zu retten.

Diese Einschränkungen betreffen auch unseren Parlamentsbetrieb. So finden die Plenarsitzungen des bayerischen Landtags derzeit nur mit einem Fünftel der Abgeordneten statt. Jede Fraktion entscheidet selbst, auch im Hinblick auf die Anfahrtswege, welche Abgeordnete jeweils teilnehmen. Die reduzierte Besetzung sorgt für einen ausreichend großen Sitzabstand zwischen den Parlamentariern. Als ergänzende Maßnahme werden etwa Debatten kurz gehalten und es wird auf Dringlichkeitsanträge verzichtet.

In den kommenden Wochen kommt auch nur ein Teil der 14 Landtagsausschüsse zusammen. Die Sitzungen des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, dem ich angehöre, fallen zunächst aus.

Die Sitzungen und Arbeitsforen der SPD-Fraktion sind dagegen auch in Corona-Zeiten fest terminiert, und zwar als Video- oder Telefonkonferenzen. Und die Referenten und Mitarbeiter der Fraktionsgeschäftsstelle, die normalerweise im Münchener Maximilianeum sitzen,

sind weiterhin erreichbar, nur eben im Homeoffice. Die digitalen Möglichkeiten erleichtern Kommunikation und Abstimmung untereinander enorm.

Die Situation ändert sich ständig und es mag sein, dass die Abläufe schon in einigen Wochen wieder anders aussehen werden. Sicher ist aber eines: Der politische Betrieb darf jetzt nicht stillstehen. Trotz oder gerade in der gegenwärtigen Situation. Denn unser Land muss handlungsfähig bleiben. Und alle Parteien müssen nun eng zusammenstehen, um gemeinsam diese enorme Krise zu bewältigen, die natürlich auch die Wirtschaft ganz massiv trifft.

Als tourismuspolitische Sprecherin mache ich mir natürlich auch große Sorgen um die aktuelle Situation und die weitere Entwicklung im Tourismus. Hotels, Gastronomiebetriebe und touristische Leistungsträger verzeichnen derzeit gravierende Einbrüche. Gerade viele kleinere und mittlere Betriebe, die wenig Rücklagen haben, stehen vor riesigen Problemen, die ihre Existenz bedrohen.

Deshalb brauchen wir jetzt ausreichende und vor allem schnelle Hilfen, um das Überleben der Betriebe zu sichern. Der Tourismus ist ein ganz wesentliches Standbein der bayerischen Wirtschaft. Jetzt muss alles dafür getan werden, um auch diese Branche zu stabilisieren und eine Insolvenzflut zu verhindern.

Dafür setzen wir uns nachdrücklich ein. Über unsere Arbeit halte ich Sie weiterhin auf dem Laufenden.

Herzlichst,

Ihre Martina Fehlner

Abgeordnetenbüro Martina Fehlner, MdB
Goldbacher Straße 31, 63739 Aschaffenburg
Tel: 06021 22244 | Fax: 06021 451604
buergerbuero@martina-fehner.de

NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

04 | 2020

Volkmar Halbleib



Abgeordneter für WÜ-Land

Betreuungsabgeordneter für WÜ-Stadt, Stadt und Landkreis Schweinfurt sowie die Landkreise Bad Kissingen, Haßberge, Kitzingen und Rhön-Grabfeld

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

mir geht es momentan nicht viel anders als Ihnen: Das Corona-Virus und die Bekämpfung seiner Verbreitung wirbeln meinen beruflichen wie privaten Alltag durcheinander.

Privat versuche ich als Abgeordneter mich an alle notwendigen Beschränkungen und Vorsichtsmaßnahmen zu halten – wie alle anderen Bürger*innen auch. Als regionaler Abgeordneter und parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion bin ich aber in diesen Tagen beschäftigt wie kaum vorher in 11 Jahren Landtag. Kaum noch Veranstaltungen, aber eine Telefonkonferenz nach der anderen und eine Vielzahl von E-Mails und Anfragen, bei denen es vor allem um den Umfang von finanziellen Helfen geht, aber auch um die Verbesserung des Schutzes der Bevölkerung und oftmals um die nackte wirtschaftliche Existenz von Menschen.

Wir Abgeordneten in Land und Bund versuchen Hand in Hand mit den Regierungen, Kommunen und örtlichen Behörden alles zu tun, um einen medizinischen und wirtschaftlichen Kollaps im ganzen Land zu verhindern.

Besonders treibt mich derzeit die Situation in Würzburg mit den vielen Todesfällen um. Hier habe ich gegenüber Staatskanzlei und Gesundheitsministerium dringend übergeordnete Hilfe eingefordert, zuletzt in einem persönlichen Gespräch mit Gesundheitsministerin Huml.

Auch im Bereich Kultur und Wissenschaft kämpfe ich derzeit für die wirtschaftliche Existenz von Künstlern,

Kunstschaffenden und Kultureinrichtungen, die ohnehin von der sprichwörtlichen Hand in den Mund leben. Ein Verdienstaustausch wiegt da schwer, möglichst schnelle Hilfe ist gefragt.

Daneben sind wir Abgeordnete aber auch Ansprechpartner für viele Bürgermeister*innen und Kommunalverantwortliche sowie Sprachrohr für Firmenchefs oder Direktor*innen in Krankenhäusern oder Betrieben – vom systemrelevanten Zulieferer für medizinische Produktionen bis hin zum Hotelchef oder der Eventgastroonomie.

Weil viele Fragen, die uns erreichen, nicht im Landtag in München, sondern nur in Berlin oder gar Brüssel beantwortet werden können, kommt es jetzt auf gute Zusammenarbeit an. Ein großer Dank geht hier an die unterfränkischen SPD-Bundestagsabgeordneten Bernd Rützel als Arbeits- und Sozialexperte und Sabine Dittmar als Gesundheitsexpertin. Sie machen wirklich einen tollen Job.

Danke an die Vielen auch in der Region, die in Arztpraxen, Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen, im Lebensmittelhandel, bei Polizei, Feuerwehr, in der Verwaltung, beim ÖPNV arbeiten!

Danke für gesellschaftliches Miteinander und Solidarität in schwierigen Zeiten!

In diesem Sinne: Bleiben Sie gesund!

Ihr/Euer

Volkmar Halbleib, MdL

Bürgerbüro Volkmar Halbleib, MdL
Sammelstraße 46, 97070 Würzburg
Tel: 0931 59384 | Fax: 0931 53030
buergerbueero-halbleib@t-online.de